

rerseits haben wir Erkenntnisdefizite. Wenn man diese Erkenntnisdefizite beheben will, dann gehören dazu logischerweise auch Bohrungen, die eben gerade dazu dienen, sie zu beheben.

Es besteht also ein gewisser Widerspruch: Einerseits will man keine Maßnahmen mit Fracking zulassen, andererseits muss man neue Erkenntnisse gewinnen. Nach Vorstellung der Landesregierung und der Regierungsfractionen ist dieser Widerspruch nur dann auflösbar, wenn man alle an einen Tisch holt und mit allen spricht – den Umweltverbänden und den Unternehmen –, um zu einer gemeinsam getragenen Lösungsstrategie zu kommen. Diese Lösungsstrategie könnte darin bestehen, unter wissenschaftlicher Federführung die Erkenntnisse zu gewinnen und Erkenntnisdefizite zu beseitigen und dazu in diesem Rahmen Probebohrungen zuzulassen.

Wir können kein Interesse daran haben, in ganz Nordrhein-Westfalen – sozusagen in jedem Claim – Probebohrungen vorzunehmen, aber keine gemeinsame Strategie zu haben, was wir an Daten gewinnen wollen und mit welcher Zielsetzung das Ganze erfolgt. So lautet die Absprache innerhalb der Landesregierung. Das ist Konsens in den Koalitionsfraktionen.

Ich würde mir wünschen, dass auch die Oppositionsfractionen sich diesem anschließen könnten. – Herzlichen Dank!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Minister Rimmel. – Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Hovenjürgen.

**Josef Hovenjürgen (CDU):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Minister Rimmel, mit Blick auf das Datum unseres Antrags wird Ihnen deutlich, dass wir ihn schon vor dem Vorliegen der Gutachten gestellt haben. Natürlich haben auch wir die Gutachten gelesen und ziehen ähnliche Schlussfolgerungen wie Sie. Allerdings sind wir nicht bereit, Risiken einzugehen.

Insofern noch einmal: Wenn es zu Probebohrungen kommt, stellen Sie bitte sicher, dass bei diesen Probebohrungen keine wassergefährdenden Stoffe eingesetzt werden. Wenn Sie diese Maßnahme schon zulassen, dann stellen Sie das sicher.

(Beifall von Bernd Krückel [CDU])

Kollegen Brockes möchte ich an dieser Stelle auch noch einmal etwas sagen: Wir sprechen uns nicht grundsätzlich gegen Fracking aus, wohl aber gegen Fracking mit chemischen Stoffen. Solange die eingesetzt werden müssen und werden, können wir Fracking nicht zustimmen. Erst wenn ein Frackverfahren gefunden worden ist, bei dem Wassergefährdung auszuschließen ist, kann man mit uns

darüber reden. Ich glaube, dass diese Haltung konsequent ist.

(Beifall von der CDU)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Kollege Hovenjürgen. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Damit sind wir am Schluss der Beratungen.

Wir kommen daher zur Abstimmung. Wir haben drei Abstimmungen durchzuführen.

In der ersten Abstimmung geht es um den **Antrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 16/866**. Die antragstellende Fraktion der CDU hat direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Inhalt des Antrags. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht zustimmen? – Dieser Antrag ist mit Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Piraten bei Zustimmung durch die CDU-Fraktion **abgelehnt** worden.

Wir stimmen – zweitens – über den **Antrag** der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 16/1266** ab. Auch hier haben die antragstellenden Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen somit auch hier zur Abstimmung über den Inhalt des Antrags. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt gegen den Antrag? – Wer enthält sich? – Damit ist der Antrag mit Stimmen der SPD, von Bündnis 90/Die Grünen, der Piraten gegen die Stimmen der CDU und FDP **angenommen**.

Wir kommen – drittens – zum **Entschließungsantrag Drucksache 16/1383** der FDP-Fraktion. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht seine Zustimmung geben? – Wer enthält sich? – Damit ist der Entschließungsantrag mit den Stimmen der SPD, der CDU, von Bündnis 90/Die Grünen und von den Piraten gegen die Stimmen der FDP-Fraktion **abgelehnt** worden.

(Christian Lindner [FDP]: Es gab Enthaltungen bei den Piraten!)

Wir sind damit am Ende des Tagesordnungspunktes 8 angelangt. Wir kommen zu:

## 9 Stromversorgung sicherstellen – welche Antworten hat die Landesregierung zur in Rede stehenden Abschaltung des Kraftwerks Datteln I-III?

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/1046

Entschließungsantrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/1376

Ich eröffne die Beratung und erteile dem Abgeordneten Hegemann das Wort für die CDU-Fraktion. Bitte schön.

**Lothar Hegemann** (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das ist meine dritte Jungferrede im Landtag. Vier sind insgesamt geplant. Warten wir einmal ab.

Wer von Datteln 1, 2 und 3 spricht, muss auch über Datteln 4 reden. Es gab einen Investor in Datteln, der gesagt hat: Ich baue ein neues Kraftwerk, das ich 2012 fertighaben will. Ich verpflichte mich dazu, dann die alten Gurken abzuschalten! – Das hat kaum ein anderer der Mitbewerber so gemacht. Die haben ihre Kraftwerke gebaut und davon gesprochen, dass das Ersatzbauten seien. Gleichzeitig haben sie die alten Dinger weiterlaufen lassen. Das sind Lizenzen zum Gelddrucken gewesen.

Hier haben wir einen Kraftwerksbetreiber, der es ehrlich gemeint hat. Aber alle Mitglieder der Landesregierung werfen dem Investor mit unterschiedlicher Intensität Knüppel zwischen die Beine – die Grünen natürlich etwas dickere als andere. Aber sie haben eine klammheimliche Freude daran, dass das Kraftwerk nicht weitergebaut wurde. Die SPD hat sich weggeduckt. Auf Veranstaltungen vor Ort taucht sie überhaupt nicht mehr auf. Die Landesregierung erklärt, dass sei Sache der Gerichte. Dann bräuchte kein Landeshaushalt mehr eingebracht zu werden. Das ist auch eine Sache der Gerichte.

(Beifall von der CDU – Zuruf von den GRÜNEN: Ha, ha, ha!)

Sie müssen doch irgendwann einmal Farbe bekennen und sagen: Ich möchte Energiesicherheit in Nordrhein-Westfalen auch mit Kohlekraftwerken.

(Zuruf von Marc Herter [SPD])

Das Kraftwerk ist nach Höhn-Gesetz gebaut worden. Es wurde vom Verfassungsgerichtshof in Münster gekippt. Dann wurde nachgebessert. Danach haben Sie sich aufgeregt. – Wollen Sie die Nachbesserung zurücknehmen? Wollen Sie das Kraftwerk nicht bauen?

Es war ein Fehler, das Gesetz von Höhn nicht zu aktualisieren. Aber dann ist es zugunsten dieses Kraftwerks gemacht worden. Die SPD hat gerufen: Das ist ein Eingriff in die Autonomie. So war das gar nicht gedacht. Im Nachhinein kann man das nicht heilen. Schwarzbau und was sonst noch alles vor Ort erzählt wird!

Der SPD-Fraktionsvorsitzende, lange Zeit Pressesprecher der Energiegewerkschaft, hat sich erfolgreich bis nach der Wahl weggeduckt. Jetzt zeigt er ein bisschen Farbe. Aber er hat den grünen Koalitionspartner. Auf ihn ist Verlass. Der erklärt: Was wollt Ihr von E.ON denn? Ihr habt doch selbst erklärt, 2012 sei Schluss. Jetzt halte ich mich daran. –

Also erst Kraftwerk 4 kaputtreden und dann das Risiko auf den Antragsteller übertragen.

Da argumentiert die Stadt Datteln natürlich zu Recht: 50 % des Wärmebedarfs kommt aus diesen alten drei Kraftwerken. Daran hängen die Vestische Kinderklinik und andere wichtige Einrichtungen, und Sie sagen monatelang: Das interessiert uns überhaupt nicht.

Dann wird erklärt: Wir können das ja kompensieren. Wir können bei der Steag irgendwie einen Transistor dazwischenschalten. – Meine Damen und Herren, aus normalem Strom Eisenbahnstrom zu erzeugen – das macht man nicht so eben mal.

(Zuruf von Wibke Brems [GRÜNE])

Dazu müssen Sie ein Gerät entwickeln, das dauert zwei Jahre. 50 Hertz und 16 2/3 Hertz sind ein Unterschied. Sie können nicht einfach Eisenbahnstrom herstellen.

Ihre geliebte Eisenbahn drohte, dann stillzustehen. Erst als Herr Grube kommt und erklärt: „Ich lasse 20 bis 30 % der Züge ausfallen, weil ich keinen Strom mehr habe“, haben Sie sich endlich bequemt und in Bewegung gesetzt. Jetzt haben Sie eine Duldung ausgesprochen. Was ist eine Duldung denn? – Rechtssicherheit ist das auch nicht.

Was ist denn mit den alten Kraftwerken?

Bei Shamrock haben Sie auch eine Duldung ausgesprochen. Mir wäre ein rechtlicher Rahmen lieber, sodass der Betreiber ein Anrecht hat, eine gewisse Zeit weitermachen zu können.

(Reiner Priggen [GRÜNE]: Das ist aber kompliziert, Herr Kollege!)

Das wollen Sie nicht. Sie wollen mit NABU und allen anderen so etwas verhindern.

Es mag Gründe geben – diese habe ich aber weder in Berlin noch in Düsseldorf nachvollziehen können –, warum man erneuerbaren Energien und Energie in zwei verschiedene Ministerien packt. Und dann meldet sich der Minister für erneuerbare immer zu nicht erneuerbaren Energien. Aber gut, Kohle ist auch erneuerbar. Es dauert nur ein paar Millionen Jahre, bis wir wieder neue haben.

(Zurufe von den GRÜNEN: Oh!)

Sie äußern sich permanent dazu und erklären, Sie stünden zum Industriestandort NRW, zu Eisen, Stahl und Aluminium, unterstützen aber alle im Lande, die dagegen sind. Diese Doppelstrategie kann man nicht durchgehen lassen.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Ich erwarte von der Landesregierung, von Ihnen, Herr Wirtschaftsminister, aber auch von der Ministerpräsidentin, die sonst immer das Hohelied der

Kohle gesungen, die jeden Bergmann umarmt und im Bergmannskittel gesungen hat ...

(Beifall von Minister Michael Groschek)

Zur Kohle ist im Übrigen nicht eine einzige Silbe in der Regierungserklärung gesagt worden – damit das auch klar ist. „Kohle“ und „Kohlefolgen“ hat nicht mehr stattgefunden.

Ich erwarte ein klärendes Wort nach dem Motto: Die Landesregierung wünscht Datteln 4. Sie wünscht ein Weiterlaufen von Datteln 1 bis 3, bis wir Rechtsicherheit haben.

Mit der Einlassung allerdings, Sie hätten keine Meinung, aber mit einem Urteil aus Münster hätten Sie vielleicht eine Meinung, damit lässt sich keine Politik machen.

Die Region – dazu gehört NewPark, dazu gehört das Kraftwerk – hat es bitter nötig, neue Arbeitsplätze zu bekommen. Die Art und Weise, wie Sie mit solchen Instrumenten umgehen, ist hanebüchen.

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Herr Kollege.

**Lothar Hegemann**<sup>\*)</sup> (CDU): Deshalb: Setzen Sie endlich ein Signal und sagen Sie Ja zu diesen Kraftwerksblöcken, bis Datteln 4 läuft.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Kollege Hegemann. – Für die SPD-Fraktion spricht der Kollege Eiskirch.

**Thomas Eiskirch**<sup>\*)</sup> (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Hegemann, es ist schon toll, dass die CDU zu den ihr wichtigsten Themen nur die besten Redner ans Rednerpult stellt.

(Heiterkeit von den GRÜNEN und von Minister Johannes Remmel – Gegenrufe von der CDU)

Wenn Ihr Generalsekretär, Kollege Hegemann, recht hat, dass es notwendig für die CDU ist, wieder Wirtschaftskompetenz nachzuweisen, war das erneut ein extrem untauglicher Versuch. Viel Glück auf diesem Weg. Wir begleiten Sie dabei gern.

(Vereinzelt Beifall von der SPD – Zuruf von der CDU: So gering ist der Applaus!)

Kollege Hegemann, wir haben zum wiederholten Mal über das Thema „Datteln“ diskutiert. Wenn es etwas gibt, das wir gemeinsam feststellen können, so ist es Folgendes: Das Thema „Datteln“ war der Dilettantismuskachweh der Regierung Rüttgers, Kolleginnen und Kollegen, nichts anderes!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Lachen von der CDU)

Wenn es etwas gibt, das Sie nachlesen und nachhören könnten, so ist es das Bekenntnis dieser Landesregierung,

(Zuruf von der CDU: Wo denn?)

deutlich zu sagen: Wenn Datteln 4 rechtlich möglich ist, wird es kommen. Wenn es rechtlich nicht möglich ist, kann man es nicht herbeizaubern, Kolleginnen und Kollegen.

Ich sage Ihnen zum 15. Mal: Es wäre viel hilfreicher, ein konkretes Konzept vorzulegen, wie man das Ihrer Meinung nach auch ohne rechtliche Prüfung sicherstellen könnte.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Ach, lieber Thomas Eiskirch!)

Sie tun das aber nicht, sondern Sie kommen immer mit dem gleichen Müll.

Ich hätte ehrlich gesagt von Ihnen erwartet, dass Sie diesen Antrag zurückziehen. Denn im Antrag fordern Sie alles rund um das Thema „Duldung“ und fragen: Wie bekommen wir diese Übergangszeit geregelt? Dazu hat diese Landesregierung eine verantwortungsvolle Antwort gegeben: die, die rechtlich möglich ist.

(Zuruf von Lutz Lienenkämper [CDU])

Heute schieben Sie einen Entschließungsantrag nach, um das Thema zu drehen. Und das soll dann noch in die Ausschüsse zur Weiterberatung überwiesen werden – wie lächerlich kann man sich machen?

Herzlichen Glückwunsch auf dem Weg, inhaltlich erübrigt sich jede Debatte!

(Beifall von den GRÜNEN)

Dazu wurde in diesem Hohen Hause alles mehrfach gesagt.

Wir sind auf dem einzig gangbaren Weg, indem wir nach und nach prüfen, wie man die vom Gericht gesetzten Hürden überwinden und die aufgeworfenen Fragen beantworten kann. Diesen Weg gehen wir alle gemeinsam, die regierungstragenden Fraktionen und die dafür zuständigen Ministerien, in einer ausgesprochen verantwortungsvollen Art und Weise.

Das Krakeelen und das laute Schreien, ohne dabei rot zu werden, Kollege Hegemann, mag Ihre Form von Wirtschaftskompetenz sein. Unsere macht sich an Ergebnissen fest. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Brems.

**Wibke Brems<sup>\*)</sup>** (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Herr Hegemann, Ihre Definition von erneuerbaren Energien ist schon etwas komisch. Der Begriff „erneuerbare Energien“ bedeutet nämlich, dass diese Energieträger im Rahmen eines menschlichen Zeithorizonts praktisch unerschöpflich zur Verfügung stehen. Darunter jetzt irgendwie mit erweitertem Zeithorizont noch die Kohle zu fassen, finde ich schon etwas abstrus. Genauso abstrus sind leider auch Ihre Vorstellungen, was das Verfahren zu Datteln 1 bis 3 und Shamrock angehen.

Sie haben eben gesagt, für den Weiterbetrieb von Datteln 1 bis 3, damit weiter Bahnstrom zur Verfügung steht, muss erst ein Gerät erfunden werden.

(Lothar Hegemann [CDU]: Nein!)

Es muss ein Umrichter gebaut werden, und zwar ist das eben nicht schnell getan, sondern bis zum Jahr 2014 zu machen. Das Ganze ist aber nie ein Problem gewesen, sondern das verlangt nun einmal der zeitliche Horizont. Und ich bin sehr froh, dass wir hier eine Lösung an der Stelle genauso wie für die Wärmeversorgung aus Shamrock gefunden haben. Die Alternative in Shamrock wäre doch gewesen, unzählige LKW-Ladungen Öl durch die Siedlung zu kutschieren. Und die Lösung, die jetzt gefunden wurde, bis zum nächsten Frühjahr eine Duldung zu vereinbaren, finde ich genau richtig.

Weil sich nun alles anscheinend zu Ihrem Bedauern, liebe CDU, gut gefügt hat, schieben Sie dann noch eben diesen Entschließungsantrag zu Datteln 4 hinterher. Ich habe mich dabei gefragt, ob Ihnen das eigentlich nicht nach der schlampigen Arbeit, die Sie als schwarz-gelbe Regierungskoalition hier durchgeführt haben, viel zu peinlich ist, den x-ten Antrag zu diesem Thema hier zu führen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Ich möchte nämlich, lieber Herr Hegemann, zum Thema „Knüppel zwischen die Beine werfen“ nur daran erinnern, dass das Urteil, das den Weiterbau von Datteln eben verhindert hat, im Jahr 2009 ergangen ist. Das war zu der Zeit, als Sie hier an der Regierung waren. Dafür, das immer wieder vorgeworfen zu bekommen, stehen wir nicht zur Verfügung. Das war Ihre Verantwortung, und genau dabei bleibt es auch.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Frau Kollegin Brems. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Brockes.

**Dietmar Brockes** (FDP): Meine sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, in der Tat, das Thema Kraftwerksstandort Datteln haben wir heute wirklich nicht zum allerersten Mal. Gerade in den vergangenen Legislaturperioden hatten wir das mehr als einmal. Und das, weil wir es gerade auf die Agenda gesetzt haben, die Fraktionen von CDU und FDP, weil es ganz offensichtlich ist, dass Sie dieses hochmoderne Kohlekraftwerk nicht haben wollen.

(Rainer Schmelzter [SPD]: Quatsch!)

Meine Damen und Herren, wir haben es mit dem Druck, den wir gemeinsam mit der Bahn aufgebaut haben, geschafft, dass jetzt endlich der Weiterbetrieb von Datteln 1 bis 3 geduldet wird, und dass auch für das Kraftwerk Shamrock ein Weiterbetrieb in Aussicht gestellt wurde.

Wie weit da die grüne Propaganda schon gegangen ist, wird daran deutlich, wenn man sich heute die „Bild“-Zeitung in der Region anschaut, wo von einem Atomkraftwerk Shamrock die Rede ist. Das zeigt, wie fanatisch-ideologisch die Grünen gegen die Kohlekraftwerke vorgehen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Fakt ist, wir brauchen dieses Kraftwerk. Das ist eben ein Punkt, der gerade in der Koalition unter Rot-Grün sehr umstritten ist. Da erinnere ich noch einmal daran, was doch der damalige Kollege des Wirtschaftsministers, der jetzt leider nicht hier ist, Herr Trittin, im Landtagswahlkampf 2010 gesagt hat, meine Damen und Herren. Ich zitiere Herrn Trittin: Jeder, der mit den Grünen koalieren will, muss sich darauf einstellen, dass dieses Investment nicht zu Ende gebaut wird. – Hört, hört!

Also, liebe Kolleginnen und Kollegen seitens der SPD-Fraktion, ich bin gespannt, wer letzten Endes Recht behalten wird. Ob Sie sich jetzt einen neuen Koalitionspartner suchen werden,

(Rainer Schmelzter [SPD]: Das ist hier kein Wunschkonzert, Herr Brockes!)

oder ob sich die grüne Position wieder einmal durchsetzt.

Fakt, meine Damen und Herren, ist jedenfalls, dieses hochmoderne Kraftwerk Datteln 4 wird gebraucht. Es ist das modernste mit einem Wirkungsgrad von 45 % beziehungsweise, wenn wir die Fernwärme hinzunehmen, sogar von 50 %. Das ist ein wichtiges Investment für Nordrhein-Westfalen und aus industriepolitischer Sicht absolut notwendig.

Da wir jetzt am Ende der langen Haushaltsberatungswoche sind, möchte ich noch einen Hinweis an die Koalitionsfraktionen geben: Sorgen Sie doch bitte dafür, dass endlich E.ON das Kraftwerke nicht mehr bei den Verlusten mit abschreiben kann, dann

tun Sie auch etwas für Ihren Haushalt. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Kollege Brockes. – Für die Fraktion der Piraten spricht Kollege Schmalenbach.

**Kai Schmalenbach (PIRATEN):** Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger hier im Saal und zu Hause! Ich denke, ich spreche für alle, wenn ich sage: Ich wünschte mir, Datteln 4 wäre nicht so sehr in die Hose gegangen.

Seit geraumer Zeit beschäftigt uns der Kraftwerkskomplex in Datteln. Schon im September 2009 war ein mögliches Ende des Projekts Datteln 4 wegen zahlreicher Planungsmängel zumindest absehbar. Durch verschiedene gerichtliche Instanzen konnten wir das in den Medien verfolgen. Ich hatte spätestens seit Oktober 2010 keinen Cent mehr auf eine Genehmigung für Datteln 4 gesetzt.

Die Abhängigkeit der Bahn von den Kraftwerken in Datteln war unterdessen hinreichend bekannt. Alternative Stromkonzepte seitens der Bahn oder E.ON als Reaktion: keine. Und nun, Ende 2012, wird argumentiert, die Duldung von Datteln 1 bis 3 sei von öffentlichem Interesse. Man könne deshalb nicht zum 31.12. abschalten. Und das, obwohl die Altkraftwerke in Datteln den Umweltschutzanforderungen der EU nicht mehr genügen. Die Regierung scheint der Aufforderung der Bahn laut der Presseberichte 1:1 folgen zu wollen. Während wir nun durchaus nachvollziehen können, dass die Ausfallsicherheit des Stroms für die Bahn gewährleistet werden sollte, müssen doch einige Fragen erlaubt sein:

Warum haben weder E.ON noch die Bahn etwas gegen diesen unweigerlich kommenden Missstand unternommen, obwohl selbst für Laien erkennbar war, dass die nun angeführten Probleme auf sie zukommen würden und sie auf diesen Umstand zunehmend explizit von NGOs hingewiesen wurden?

Warum will die Regierung denn nun einfach nachgeben, obwohl die Versäumnisse ganz klar aufseiten der beteiligten Unternehmen liegen?

Welche Bedingungen sind an das Nachgeben der Regierung gekoppelt?

Wie wird sichergestellt, dass die alten Blöcke für die rechtlich fragliche Betriebsverlängerung der bis zu Anfang 2013 umzusetzenden IED gerecht werden?

Warum wird ein Horrorszenario produziert, nach dem 30 % des Bahnangebotes durch die Stilllegung von Datteln 1 bis 3 wegfallen? Nach unseren Informationen trifft das nur auf sehr kalte Wintertage zu und an exakt denen würde es mich schon sehr

wundern, wenn die 30 % eine höhere Quote darstellten als die Standardquote der Bahn an solchen Tagen.

(Beifall von den PIRATEN)

Warum werden und wurden keinerlei Alternativen in Betracht gezogen? Nach unseren Informationen kommen andere Kraftwerke als Datteln durchaus infrage und eine ausreichend dimensionierte Umrichteranlage sollte in sechs Monaten zu errichten sein.

Warum glauben sowohl die CDU als auch die Regierung, dass die Politik dafür verantwortlich ist, Lösungen für die Versäumnisse großer Industrieunternehmen zu liefern, und das auch noch, indem der rechtlich fragwürdige Weg einer genehmigungsfreien Duldung gewählt wird?

Wir werden diesen Antrag ablehnen. Seit mehr als drei Jahren werden alle Fakten seitens der Betroffenen ignoriert. Die Betreiber sind sehenden Auges in die Probleme gerannt. Wenn Privatunternehmer dermaßen grob fahrlässig handeln, gehen sie in die Insolvenz. Niemand wird ihnen helfen. Wenn aber relevante Unternehmen so handeln, werden diese dafür augenscheinlich von der Politik belohnt. Das können wir nicht unterstützen.

(Beifall von den PIRATEN)

Ich würde Ihnen empfehlen, die Bahn umgehend damit zu beauftragen, alternative Standorte zu ermitteln und binnen Rekordzeit einen Umrichter errichten zu lassen, damit die Versorgung der Bahn mit Strom kurzfristig anderweitig realisiert werden kann.

Weiterhin würde ich vorschlagen, die Bahn noch heute Abend zu informieren, dass es keinerlei Grund gibt, einen weiteren Betrieb von Datteln 1 bis 3 für 14 Monate zu dulden und sie dementsprechend noch 1,5 Monate Zeit hat, einen alternativen Standort zu finden, um dort einen Umrichter zu bauen.

(Zuruf)

– Ja, ja. – Das Signal, das sowohl der Antrag als auch das Einlenken der Regierung aussenden, ist ein grundlegend falsches. Hier wird vermittelt, dass Unternehmen nur eine gewisse Relevanz haben müssen, damit sie sich einfach alles erlauben können, während jeder andere in diesem Land niemals mit einer solchen Vorgehensweise überleben könnte.

Das umgekehrte Signal sollte gesetzt werden. An der Stilllegung der Altkraftwerke in Datteln sollte festgehalten werden, und der Bahn sollten Konventionalstrafen für jeden ausgefallenen Zug auferlegt werden, damit auch diese Unternehmen eine Chance haben, zu erkennen, welche Folgen unverantwortliches Handeln hat.

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Herr Kollege, würden Sie eine Zwischenfrage ...

**Kai Schmalenbach** (PIRATEN): Nein, danke. – Mindestens aber muss die Umsetzung der Idee gewährleistet sein. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank. – Damit hat sich das mit der Zwischenfrage erledigt. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Remmel.

**Johannes Remmel**, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Hegemann, so sehr ich Sie ja auch schätze, aber eben hatte ich bei Ihrer Rede doch schon den Eindruck, da flog einer übers Kuckucksnest. Mit solchen Irrungen, Wirrungen und Verdrehungen zu arbeiten, deutet darauf hin, dass Ihr eigentlicher Antragsgegenstand, den Sie heute beantragt haben, einfach verschwunden ist. Sie hätten ehrlicherweise heute sagen müssen: Der Antrag ist erledigt. Danke. Wir können frühzeitig nach Hause.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wenn man dann gar nichts mehr weiß, dann muss man über Datteln 4 reden. So war Ihre Rede aufgebaut. Ich kann es gerne noch einmal wiederholen.

(Zuruf von Lutz Lienenkämper [CDU])

Wenn wir über Datteln 4 sprechen, dann rate ich Ihnen auch: Gucken Sie nicht nur in die Urteile, die zu Datteln 4 ergangen sind! Gucken Sie auch in das Urteil zu Lünen! Dann wird nämlich klar, dass es hier nicht um politisches Wollen geht, sondern um rechtliches Können. Damit muss man sich auseinandersetzen. Das geht nicht mit einer solchen Wischiwaschigeschichte, wie Sie das eben hier versucht haben, sondern da muss man ins Detail gehen und muss sich mit den rechtlichen Fragen – und die sind höchst kompliziert – auseinandersetzen. Das hat aber mit der Frage der Versorgungssicherheit in diesem ganz konkreten Fall nur begrenzt etwas zu tun.

Ich möchte auch klarstellen, dass die Verantwortung für die Versorgung sowohl mit Fernwärme als auch mit entsprechendem Bahnstrom bei dem Unternehmen liegt. Dafür ist nicht die Landesregierung verantwortlich.

(Beifall von den PIRATEN)

Von Anfang an ist klar: Für die Verantwortung steht hier das Unternehmen.

Die Situation, wie wir sie heute haben, hätten wir schon vor gut einem Jahr haben können. Die Ent-

scheidungen waren damals getroffen. Aber das Unternehmen war nicht bereit, den Rechtszustand zu akzeptieren, und hat eine entsprechende Revision beim Bundesverwaltungsgericht beantragt. Dadurch sind Dinge verzögert worden. Dadurch sind Gespräche nicht abgeschlossen worden. Dadurch ist auch nicht erkennbar geworden, was für eine entsprechende Duldung nötig ist, dass nämlich das Unternehmen in allen Bereichen deutlich unterstreicht, dass es alles tun will und muss, um die Duldung möglichst schnell zu beenden.

Jetzt ist die Situation so, dass das Unternehmen diese Anstrengungen in allen Bereichen deutlich erkennbar unternimmt. Insofern sind alle rechtlichen Voraussetzungen gegeben, um in beiden Fällen diese begrenzte Duldung auszusprechen.

Ich mache auch darauf aufmerksam – insofern hat das eine mit dem anderen wenig zu tun –, dass wir uns hier nicht im Recklinghausener Landrecht bewegen, sondern im Bundesimmissionsrecht. Das Bundesimmissionsrecht sah vor, dass 2006 die Eigentümer von Altanlagen sich erklären mussten, ob sie denn eine Nachrüstung vornehmen, um ab 2012 den Anforderungen des Bundesimmissionsschutzrechtes Genüge zu tun, oder ob sie die Genehmigung zurückgeben.

E.ON hat sich damals entschieden – ohne eine Genehmigung zu haben für Datteln 4 und ohne das überhaupt in einen Begründungszusammenhang gebracht zu haben –: Wir verzichten auf die Genehmigung von Datteln 1 bis 3 und Shamrock, weil wir nicht nachrüsten wollen.

Das ist die rechtliche Situation.

Die Landesregierung ist der Auffassung – bestätigt durch die Gerichte in Nordrhein-Westfalen –, dass, wenn man einmal eine Genehmigung zurückgegeben hat, man die nicht erneut bekommen kann, nach dem Motto „Wir haben uns vielleicht damals falsch entschieden“.

Das steht jetzt zur Prüfung beim Bundesverwaltungsgericht an. Am 15. November wird dort entschieden. Dann muss entsprechend gehandelt werden.

Für die Landesregierung aber ist klar, dass eine Versorgungslücke nicht entstehen kann und entstehen wird. Das ist jetzt zwischen der Bezirksregierung, der Landesregierung und dem Unternehmen geklärt. Deshalb gibt es die entsprechenden Veröffentlichungen, und deshalb meine ich, dass Ihre Antragslage überflüssig ist.

Ich möchte es an beiden Beispielen beschreiben: Die Errichtung eines Umrichters zur Versorgung mit Bahnstrom ist durch die Genehmigung der Bezirksregierung Arnsberg, einen solchen Umrichter dort im Außenbereich errichten zu können, vorbereitet. Das Unternehmen baut schon. Insofern ist auch der

Baufortschritt zu betrachten. Nach Lage aller Dinge wird das im Februar 2014 abgeschlossen sein.

Im Übrigen sind die Genehmigung und der Antrag auf Errichtung des Umrichters auch nicht mit Bezug auf eine spätere Nutzung von Datteln 4 gestellt worden. Auch das ist notwendig und rechtlich notwendig zur entsprechenden Begründung. Die Fernwärmeversorgung ist bis dahin ebenfalls sichergestellt und wird danach durch eine Innovation bzw. eine Erneuerung des Heizkessels und der Anlage gewährleistet.

Das Gleiche gilt für Shamrock. Hier ist die Wärmeversorgung ab Herbst 2013 durch eine entsprechende Neubauleitung der Firma STEAG gesichert. Bis dahin – bis zum Frühjahr 2013 – muss geduldet werden und werden wir dulden. Dann ist der Wärmebedarf in der Größenordnung – jedenfalls gutachterlich untermauert – nicht mehr nötig und wird über die Sommermonate auch nicht gebraucht.

Wir haben alle rechtlichen Vorkehrungen getroffen, und wir waren dauernd im Gespräch. Im Übrigen hätte es keiner Aktion der Deutschen Bahn bedurft. Ich hatte den Eindruck, dass Herr Grube sozusagen vorsorglich Politik macht, um auf mögliche Zugausfälle, die anders – durch das Wetter – begründet sind, hinzuweisen und sich dahinter zu verstecken. Wir haben alle Dinge vorbereitet und die rechtlichen Notwendigkeiten entsprechend mit dem Unternehmen und der Bezirksregierung geklärt, sodass Versorgungsengpässe – dafür haben wir die Verantwortung übernommen – nicht entstehen werden.

Es muss aber deutlich sein, dass alle Beteiligten – das gilt insbesondere für das Unternehmen – alle Anstrengungen dokumentieren müssen, um diesen Zustand der Duldung möglichst frühzeitig zu beenden. Zeitpunkte sind hier genannt. Bei Shamrock ist es das Frühjahr 2013, bei Datteln 1 bis 3 ist es der Februar 2014. Danach wird es eine neue Situation, jeweils durch das Unternehmen geschaffen, geben. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Minister Remmel. – Ich teile nachrichtlich mit, dass die Landesregierung ihre Redezeit um 1 Minute und 40 Sekunden überzogen hat. Ich frage die Fraktionen, ob sie von dieser Redezeit noch einmal Gebrauch machen möchten. – Das ist offensichtlich nicht der Fall.

Mir liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wir sind damit am Schluss der Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrages Drucksache 16/1046** einschließlich des **Entschließungsantrages Drucksache 16/1376** an den **Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk** – federführend – und an den **Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** sowie an den **Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht zustimmen? – Wer Enthält sich? – Damit ist die Überweisung einstimmig vorgenommen worden.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, damit sind wir am Ende der heutigen Sitzung.

Die **nächste Sitzung** findet statt am Mittwoch, den 28. November, 10 Uhr.

Ich wünsche Ihnen ein schönes Wochenende.

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluss: 15:49 Uhr**

---

<sup>\*)</sup> Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 96 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.